

2010-06-08

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

am 27.05.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 21:15 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Trocha, Harald
Mau, Hans-Joachim

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD
Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Schmidt, Holger Prof. Dr.

Außer TOP's 6.7 bis 6.10
Abwesend ab TOP 8

Fraktion der FDP
Neubert, Jürgen Dr.

Außer TOP's 6.12 bis 6.14

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung wurden keine Anfragen oder Änderungsanträge vorgebracht, sie wurde in der ausgereichten Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde in der ausgereichten Form einstimmig bestätigt.

3. **Genehmigung der Niederschriften**

3.1. **Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport, des Ausschusses für Gesundheit und Soziales sowie des Jugendhilfeausschusses vom 18.03.2010**

Zum Protokoll der gemeinsamen Sitzung am 18.03.2010 wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, angemerkt, dass eine Vielzahl der geäußerten Anregungen zum Leitbild keine Aufnahme in das Protokoll fand.

Man habe sich im Verlauf der Sitzung darauf verständigt, antwortete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die in der Sitzung geäußerten Anregungen in schriftlicher Form nachgereicht und als Anlage zum Protokoll ausgereicht werden. Die bislang vorliegenden Beiträge seien beigelegt.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, schlug daraufhin vor, die Abstimmung zum Protokoll mit dem Vermerk zu versehen, dass die noch eingehenden Zuarbeiten in das Protokoll eingearbeitet werden.

Abstimmungsergebnis:

7 : 1 : 0

Das Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport, des Ausschusses für Gesundheit und Soziales sowie des Jugendhilfeausschusses vom 18.03.2010 wurde mit der o. a. Anmerkung bestätigt.

3.2. Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 15.04.2010

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 15.04.2010 wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, angemerkt, dass er seine Hinweise im TOP 4.2 zur Zusammenarbeit mit dem Bund der Selbständigen an Projekten konkretisiert habe.

Darüber hinaus sei seine Anfrage unter dem TOP 5.5 zu den Kosten der Gestaltungsfibel bislang unbeantwortet.

Die Beantwortung der letztgenannten Frage sei bereits in den letzten Tagen erfolgt, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, das entsprechende Schreiben befinde sich auf dem Postweg.

Zum Tagesordnungspunkt 5.8 bat **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, um Ergänzung seiner Aussagen auf der Seite 11 mit folgendem Wortlaut:

Als Einreicher der Vorlage, bestand Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen, auf die Abstimmung, da über diese Vorlage bislang nicht abgestimmt worden sei.

Mit dieser Änderung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 1

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 15.04.2010 wurde mit den o. g. Änderungen bestätigt.

3.3. Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 21.04.2010

Ergänzungs- oder Änderungsbedarf wurde nicht vorgebracht, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** die Niederschrift zur Abstimmung stellte.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 3

Das Protokoll der Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 21.04.2010 wurde ungeändert bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die folgenden Beschlussfassungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 15.04.2010:

Vergabe von Bauleistungen

BV: Ersatzneubau Tierheim Dessau-Roßlau

Vergabe-Nr. 12/2010 - Los 2 - Erweiterte Rohbauarbeiten

Vorlage: DR/BV/122/2010/VI-65

Die Vergabe der Bauleistung an die Fa. Bau- und Haustechnik, Bad Döben wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

*Vergabe von Planungsleistungen
Städtebauliche Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser in Dessau-Roßlau, Vergabe der weiterführenden Gebäudeplanung nach erfolgtem Auswahlverfahren der Mehrfachbeauftragung
Vorlage: DR/BV/132/2010/VI-65*

Die Vergabe der Planungsleistung an die BFM-Architekten, Berlin, wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

5. Öffentliche Informationsvorlagen

- 5.1. **Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße"**
Vorlage: DR/IV/037/2010/VI-61

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

- 5.2. **Bauvorhaben Große Marktstraße**
Vorlage: DR/IV/029/2010/VI-66

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

- 5.3. **Neugestaltung der öffentlichen Flächen vor der zukünftigen Bibliothek in der Gropiusallee**
Vorlage: DR/IV/034/2010/VI-66

Nachdem in der letzten Stadtratssitzung das Thema Baumfällungen rege diskutiert wurde, werde hier exemplarisch das Prüfverfahren zum Erhalt bestehender Bäume gezeigt, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Im Ergebnis der Prüfung der Baumstandorte und des Einflusses der geplanten Baumaßnahmen auf die künftige Vitalität der Bäume schlage man vor, den Baumstandort 5 unter Ergreifung notwendiger Sicherungsmaßnahmen zu erhalten. Klar müsse sein, dass für diese Maßnahmen Kosten in Höhe von ca.

14.000 € entstehen. Die Gegenrechnung als Alternative beziffere Kosten für die Fällung, die Neupflanzung sowie die notwendigen drei Ausgleichspflanzungen in Höhe von ca. 4.000 €

Man beschreibe hier den richtigen Weg, in dem man vor der Fällung informiere, so **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Er schlug vor, die vorgestellte Planung nochmals zu überdenken. Durch die Reduzierung der Fußwegbreiten oder eine kombinierte Lösung für gemeinsame Fuß- / Radwege könne man weitere Kosten einsparen, da 10 m² nicht gepflasterte Fläche eine Einsparung von ca. 1.000 € ergeben.

Die fachliche Kompetenz des Fachamtes nicht bei jedem Vorhaben in Zweifel ziehend, schlug **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, vor, dass es vorteilhaft wäre, sich im Vorfeld die Situation im Umfeld genauer anzusehen.

Man könne diese Baumaßnahme nicht isoliert betrachten, argumentierte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Bei der Betrachtung muss das städtebauliche Umfeld einbezogen werden. Es handle sich um die Fortführung bereits umgesetzter Maßnahmen im Bauhausumfeld der Gropiusallee, die bis zur Ecke Liebnechtstraße fortgeführt werden.

Auch **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, bezeichnete die Vorhaben Bauhaus- und Bibliotheksumfeld als eine Einheit. Seine Frage zum Zeitpunkt des Abschlusses der Maßnahmen durch den Landesbaubetrieb, beantwortete **Frau Jung, Tiefbauamt**, mit dem Verlauf des Jahres 2011. Es sei nicht nachvollziehbar, so **Herr Otto**, warum die städtischen Maßnahmen im Vorfeld der Maßnahmen des Landes umgesetzt werden. Durch **Frau Jung** wurde der Zeitplan damit begründet, dass die Fördermittel bereits zur Verfügung stünden und eine Verschiebung entsprechende Zinszahlungen verursachen würden. Trotzdem sagte sie eine Prüfung der Bauzeitverschiebung zu.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.4. Agenda Kinderarbeit **Vorlage: DR/IV/041/2010/II-30**

Zur Anfrage von **Herrn Mau, Fraktion der CDU**, zu den Möglichkeiten der Kontrolle der Verwaltung und den Möglichkeiten Angreifbarkeiten vorzubeugen, gab **Frau Pucknat, Rechtsamt**, Erläuterungen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Dem Antrag von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zum Vorziehen der unter dem Tagesordnungspunkt 7 vorgesehenen Informationen der Vereine wurde stattgegeben.

Durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, wurde darum gebeten, diese Änderungsanträge künftig zur Diskussion der Tagesordnung vorzunehmen.

5.5. Bauvorhaben der "Volkssolidarität 92 e. V." in der Elballee

Nach Erteilung des Rederechts für **Herrn Böhme, Vorstandsvorsitzender Volkssolidarität 92 Dessau-Roßlau/Rosslau e. V.**, dankte dieser für die Einladung und stellte den Verein und dessen Arbeit vor.

Zum Bauvorhaben „Seniorenzentrum Elballee“ mit Pflegeheimbereich für dementell erkrankte Bewohner sowie barrierefreien Wohnbereich, welches sich derzeit noch im Stadium des Genehmigungsverfahrens befinde, gab **Herr Schuster, Planungsbüro Planvision Magdeburg**, erläuternde Informationen zum Standort, der lage- und höhenmäßigen Einordnung des Bauwerks sowie den Ansichten und der Farbgebung. Das Bauvolumen beschrieb er mit 6 Mio. €, geplanter Baubeginn sei Juni / Juli 2010, als Bauende strebe man Ende 2011 an.

Neben dem Wunsch der Begleitung des Bauvorhabens durch den Bauausschuss, stellte **Herr Schuster** als Problemlagen die Stellplatzsituation und den unbefriedigenden Zustand der umliegenden Gehwege dar. Zur Errichtung der Stellflächen schlug er vor, eine Teilentwidmung der großzügig bemessenen Isarstraße im Bereich der Einmündung von der Elballee zu prüfen und diese Flächen dem Seniorenzentrum zur Verfügung zu stellen. Für die Gehwege bat er um Prüfung, inwieweit eine Sanierung von städtischer Seite möglich wäre. Bislang wurde hierzu auf die Haushaltssituation der Stadt verwiesen.

In die Prüfung der letztgenannten Problematik sollte auch ein Entgegenkommen des Investors einbezogen werden, meinte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**.

Zum laufenden Genehmigungsverfahren erklärte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamts**, dass derzeit die Genehmigung der Unteren Wasserbehörde zur Regenwasserverbringung ausstehe. Die im Anschluss auszureichende Baugenehmigung kündigte er für Mitte Juni 2010 an.

Damit wäre ein Baubeginn im Juli 2010 zu gewährleisten, so **Herr Böhme**.

Die Vorstellung aktueller Bauvorhaben bezeichnete **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, als positiv, jedoch dürfe der Ausschuss nicht in laufende Verfahren eingreifen. Bedauernswert schätzte er ein, dass die denkmalgeschützte Mauer – als wichtige historische Spur – so wenig Beachtung in der Planung gefunden habe. Die Themen Grundstück, Entwidmung und weitere Details seien mit der Verwaltung zu klären.

Die ungeklärte Art der Verbringung des Regenwassers könne nicht die Bedingung für die Baugenehmigung sein, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Diese Genehmigung könne man auch an entsprechende Bedingungen und Auflagen knüpfen. Sollte der Stellflächenbedarf im Bereich der Isarstraße realisiert werden, dürfe man auch den Bedarf der Lehrerschaft der Schule nicht unberücksichtigt lassen. Auf der anderen Seite der Elballee seien darüber hinaus weitere Freiflächenangebote vorhanden.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

5.6. Informationen des Vereins zur Förderung und Erhaltung des Neuen Wasserturms e. V.

Herr Tobler, 1. Vorsitzender des Verein zur Förderung und Erhaltung des Neuen Wasserturmes e. V., dankte für die Gelegenheit, den Verein, dessen Arbeit und das Bauvorhaben vorstellen zu können. Man habe - in Anbetracht des letzten Winters – mit dem Beginn der Sanierungsarbeiten eine gute Entscheidung getroffen. Nun sei wichtig, die finanziellen Grundlagen für

die Sanierung der Ecktürme und der Laterne als Fortsetzung der Arbeiten zu schaffen und damit eine Begehbarkeit des Wasserturms zu temporären Ausstellungsnutzungen o. ä. zu realisieren.

Konzeptionell stütze man sich in der Beschaffung weiterer Mittel auf drei Säulen:

- eine Leih- und Schenkgemeinschaft,
- das Sponsoring durch hiesige Firmen sowie
- die Akquise von Fördermitteln.

Die Bewilligung der beantragten 150.000 € Fördermittel aus dem Stadtbau beschrieb er als Voraussetzung zum Abschluss der Sicherungsmaßnahmen. Darüber hinaus werde man die Herrichtung des Umfeldes sowie des Eingangsbereichs vorsehen.

Herr Kleinschmidt, 2. Vorsitzender des Verein zur Förderung und Erhaltung des Neuen Wasserturmes e. V., erläuterte die bereits durchgeführten Sicherungsmaßnahmen und deren Finanzierung in einem Umfang von ca. 300.000 €. Derzeit seien noch Restmittel in Höhe von 10.000 € vorhanden. Für die Sicherung der vier Ecktürme und der Laterne veranschlage man Kosten in Höhe von ca. 160.000 €. Eine Begehbarkeit des Innenraumes des Turmes sei dann möglich. Im Außenbereich müsse man die Sandsteinsimse sowie deren Trägerkonstruktion sichern, um auch hier eine Begehbarkeit herbeiführen zu können.

Als Ziel beschrieb **Herr Tobler** die Akquise von 150.000 € neben den im Programm Stadtbau Ost beantragten Mitteln in der gleichen Höhen sowie die Fortsetzung der Arbeiten im Jahr 2010. Dass das Bauvorhaben große Resonanz erzeuge, zeige auch die Veröffentlichung in der Zeitschrift „Monumente“ der Deutschen Stiftung Denkmalschutz.

Man habe die Zusage gemacht, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, sich für die Bewilligung der Fördermittel einzusetzen. Gemeinsam mit Herrn Schmieder wurde aus diesem Grund im Landesbauministerium erfolgreich vorgesprochen. Derzeit bemühe man sich um die Bewilligung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns, um die Mittel noch im Jahr 2010 bereitstellen zu können. Darüber hinaus können dem Verein die Flächengestaltung im Umfeld sowie die Wegnahme der störenden Werbetafel zugesagt werden. Seitens des Ministeriums wurde jedoch auch deutlich gesagt, dass künftig für dieses Vorhaben keine weiteren Mittel bewilligt werden.

Trotz dieser Information werde man sich auch in der Zukunft um Fördermittel bemühen, erklärte **Herr Kleinschmidt**.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

6. Öffentliche Beschlussfassungen

6.1. Gestaltung Kreisverkehr an den Sieben Säulen

Wiedervorlage vom 15.04.2010

Vorlage: DR/BV/112/2010/BL/Gr

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, erläuterte eingangs, dass aufgrund der Beschlussfassung zur Vorlage in der Sitzung vom 15.04.2010 durch den Oberbürgermeister in Widerspruch gegangen wurde. Daraufhin habe das Gremium erneut zur Vorlage abzustimmen.

Den angesprochenen Widerspruch kommentierend, bezog sich **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, auf die auf der Seite 2 benannte Informationsvorlage, behan-

delt durch den Bauausschuss am 25.02.2010, die erst durch ihn angemahnt wurde, um eine Beurteilung der Maßnahmen durch den Ausschuss erreichen zu können. Des Weiteren sei der Veröffentlichungstermin der Ausschreibungsanzeige strittig. Im Widerspruch werde der 24.02.2010, in der Ausschusssitzung wurde der 26.02.2010 genannt. Die am 15.03.2010 erfolgte Bestätigung der Arbeitsrichtung können man keinem Beschluss gleichsetzen, da keine Vorlage zur Beschlussfassung vorlag.

Dass durch den Widerspruch im weiteren Verlauf ein Drohpotential aufgemacht werde, sei nicht nachvollziehbar, da der Vorschlag in die Richtung gehe, die Pflasterung erst nach Bemusterung zu entscheiden.

Als Fazit plädierte Herr Prof. Dr. Schmidt für die Abwehr des Widerspruchs des Oberbürgermeisters.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

3 : 3 : 2

Der Beschlussvorschlag wurde abgelehnt.

6.2. Kreisverkehr Sieben Säulen Überprüfung Randbegrünung Vorlage: DR/BV/186/2010/VI-66

Eingangs informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu Überlegungen zur Errichtung des Hugo-Junkers-Denkmal im Bereich des Kreisverkehrs am Standort für die jetzt vorgeschlagene zusätzliche Baumpflanzung.

Zur Entscheidung über das Denkmal sollte man die Standortabwägung abwarten, argumentierte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Auch die Baumpflanzung werde man nicht sofort realisieren. Anhand einer Fotodokumentation der aktuellen Situation im Randbereich der Kreuzung Sieben Säulen sowie einer zeichnerischen Darstellung zusätzlicher Grünflächen und Baumpflanzungen im künftigen Verkehrsanlagenbereich stellte einen **Änderungsantrag** zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Frau Jung, Tiefbauamt, erläuterte das Abstimmungsverfahren, das zu dem in der Vorlage enthaltenen Gestaltungsvorschlag führte sowie die einzuhaltenden Mindeststandards der unterschiedlichen Verkehrsflächen bzw. deren Überlagerung. Ziel der Überprüfung der Randbegrünung war die Reduzierung von Konfliktpunkten sich begegnender fußläufiger und Radverkehre und die Minimierung des Pflegeaufwandes bei begrünten Splitterflächen.

Im Einzelnen ging Frau Jung auf die durch Herrn Prof. Dr. Schmidt vorgestellten Gestaltungsvorschläge ein und erläuterte das gegenteilige Konzept des Fachamtes nach erfolgtem Abstimmungsverfahren.

Seitens **Herrn Prof. Dr. Schmidt** wurde nochmals für die Qualifizierung der Gestaltung geworben.

Dem gegenüber warb **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, für den Beschluss des Vorschlags der Verwaltung, der in der Erarbeitung unter Beteiligung der Fachplaner sich eingehend mit den Prüfaufträgen des Gremiums auseinander gesetzt habe. Die Gesamtgestaltung sei in sich stimmig.

Mit dem Hinweis auf die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt 8.3, der die Vergabe der Bauleistung für die Maßnahme vorsehe, sowie die für den 17.06.2010 geplante Baustellenöffnung, zu der Herr Beigeordneter Hantusch das Gremium an dieser Stelle bereits herzlich einlud, sollte dem Beschlussvorschlag gefolgt werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Schönemann**, den Änderungsantrag des Herrn Prof. Dr. Schmidt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

1 : 4 : 3

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, dass er dem Änderungsantrag nicht in Gänze seine Zustimmung geben konnte. Künftig müsse das Verfahren anders laufen, so dass nicht gleichzeitig mit der Vorstellung des Bauvorhabens das Ausschreibungsverfahren in Gang gesetzt werde.

Im Anschluss wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 1 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

6.3. Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2010
Vorlage: DR/BV/050/2010/VI-60

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.4. Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2010
Vorlage: DR/BV/052/2010/VI-60

Zu der Maßnahme „Neuordnung Blockinnenbereich der Eduard-, Lessing-, Mendelssohn- und Alexandrastraße“ stellte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, den Antrag zur Vorstellung der Planung für die gemeinschaftliche Stellplatzanlage im Bauausschuss vor Beginn der Ausschreibung.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.5. Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2010
Vorlage: DR/BV/053/2010/VI-60

Auf Nachfrage von **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, gab **Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, Erläuterungen zu den Abbruchmaßnahmen im Bereich der nicht denkmalgeschützten Gebäude des Arzneimittelwerkes Dessau GmbH i. L.

sowie Abbruchmaßnahmen im Hinterland der Kühnauer Straße und Gropiusallee. Konkrete Vorstellungen zur Nachnutzung der Flächen liegen noch nicht vor, seien aber durch die Festsetzungen des B-Plans bestimmt.

Herr Prof. Dr. Schmidt, bat darum, mit dem Eigentümer zumindest eine ordentliche Zwischengestaltung oder –begrünung der Flächen abzustimmen.

Nachdem die Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, zur Übernahme der Eigenanteile durch **Herrn Schmieder** dahingehend beantwortete wurde, dass dies die Stadt leiste, erklärte **Herr Otto** diese Vorgehensweise als nicht nachvollziehbar, da an dieser Stelle ohne Not Geld ausgegeben werde.

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde erläutert, dass man dadurch einen städtebaulichen Missstand im Umfeld des Bauhauses und der Hochschule beseitige.

Die Frage sei, so **Herr Prof. Dr. Schmidt**, inwieweit man Regelungen treffen könne, dass der Eigentümer die städtischen Eigenanteile übernimmt.

Daraufhin erläuterte **Herr Schmieder** die erfolgte Abstimmung mit den Eigentümern sowie die künftige Belastung der Eigentümer über die zu zahlenden Ausgleichsbeträge. Er räumte die Möglichkeit ein, bis zur Behandlung der Vorlage in der Stadtratssitzung am 23.06.2010 die Möglichkeiten zur Übernahme der Eigenanteile durch die Eigentümer zu klären.

Herr Beigeordneter Hantusch ergänzte zum Verfahren, dass die Stadt jetzt in Vorleistung gehe und die Refinanzierung mit der Investition erfolge, deren Zeitpunkt jedoch nicht feststehe. Zum jetzigen Zeitpunkt werde zumindest der Missstand beseitigt.

Nach dem Vergleich der Finanzierung durch **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, mit einer Subventionierung Dritter, erläuterte **Herr Schmieder** das Verfahren der Ermittlung der fälligen Ausgleichsbeträge über den Anfangs- und Endwert im städtebaulichen Sanierungsverfahren.

Da hier nach der Meinung von **Herrn Otto** nicht störende Missstände zur Beseitigung anstehen, sei der finanzielle Einsatz der Stadt an dieser Stelle nicht nachvollziehbar.

Durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt** wurde die Möglichkeit zur Vereinbarung eines städtebaulichen Vertrages mit dem Eigentümer erwogen.

Da hier Klärungsbedarf bestehe, machte **Herr Beigeordneter Hantusch** den Vorschlag, die Vorlage ausschließlich der Position „Beseitigung baulicher Anlagen“ zur Abstimmung zu stellen bzw. eine Klärung bis zur Stadtratssitzung herbei zu führen und die Vorlage dann im Ganzen zu beschließen.

Der Vorschlag von **Herrn Otto** zur Übernahme des Eigenanteils durch den Eigentümer und der Verrechnung bei der Berechnung der Ausgleichsbeiträge werde in die Prüfung einbezogen, so **Herr Schmieder**.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Beschlussvorlage wurde ausschließlich der Position Ordnungsmaßnahmen „Beseitigung baulicher Anlagen“ zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig mit der o. a. Änderung bestätigt.

6.6. Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten 2010 - Projektauswahl Vorlage: DR/BV/183/2010/VI-61

Nachdem **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, die ausgereichte Unterlage mit den Änderungen des Beschlussvorschlages erläutert hatte, gab **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, weitergehende Informationen zu den Ergebnissen der Diskussion in der Sitzung des Kulturausschusses am 20.05.2010.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ergänzte, dass die Erarbeitung eines „Letter of Intent“ zur finanziellen Beteiligung der Dritten vorgesehen war und darüber hinaus der Standort des Besucherzentrums in Frage stand. Hierzu seien vorliegende Beschlusslagen zu beachten. Weiter gehend hinterfragte Herr Otto, ob der Förderantrag für das Besucherzentrum am Standort Sieben Säulen bereits eingereicht sei.

Zum Besucherzentrum wurde seitens der Verwaltung ein Projekt erarbeitet, erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Gemeinsam mit Herrn Prof. Oswald und Herrn Markworth wurde der Standort an den Sieben Säulen besichtigt und dessen Potential in der Kulturachse zwischen den Welterbestätten erkannt. Die alternativen Standorte – auch aus dem Zentrenkonzept – haben dieses Potential nicht. Hier müsse vor allem die touristische Situation betrachtet werden.

Die beauftragte Machbarkeitsstudie zur Flächen- und Kostenermittlung für ein solches Zentrum beinhaltete darüber hinaus die Untersuchung verschiedener Standorte sowie Möglichkeiten der Akquise finanzieller Mittel. Am heutigen Tag wurde die Endredaktion der Studie durchgeführt, die Fertigstellung erwarte man in drei Wochen.

Man habe sich in der Erarbeitung der Studie in der Phase reinen Verwaltungshandeln befunden, keinerlei Beschlüsse wurden dadurch missachtet. In der Folge werde man die Studie zur Festlegung der weiteren Strategie und Argumentation für den Standort aufbereiten und den Gremien zur Beschlussfassung einreichen.

Herr Beigeordneter Hantusch bat um Vertrauen und Unterstützung der Verwaltung, um sich diese Chance nicht frühzeitig zu verbauen.

In der Vorbereitung der notwendigen Diskussion waren die Vorarbeiten der Machbarkeitsstudie erforderlich, so **Herr Prof. Oswald, Direktor der Stiftung Bauhaus**. Verschiedene Standorte im Bereich des Sanierungsgebiets Dessau-Nordwest wurden im Rahmen der Studie untersucht. Der heute zu diskutierende Fördermittelantrag sei unabhängig vom Standort, nur der inhaltliche Zusammenhang mit den Welterbestätten sei vordergründig, so dass auch kein Vorgriff zur Standortentscheidung vorgenommen werde.

Das Nutzungskonzept sei im Antrag skizziert worden. Neben dem touristischen Service, einer Erstinformation zur Thematik der Moderne sei ein Präsentationsbereich des Bauhauses vorgesehen. Er plädierte für die Aufrechterhaltung des Fördermittelantrages, da alle Alternativen schwieriger umzusetzen seien.

Nachdem mit der Studie die Basis für die Entscheidungsfindung erarbeitet wurde, hoffe Herr Prof. Oswald auf eine zügige Abwägung zum Standort des Zentrums.

Herr Otto warf ein, dass sowohl Standort und Inhalt des Besucherzentrums nicht abgestimmt worden.

Auch die Inhalte des Zentrenkonzepts seien kritisch zu diskutieren und eventuell aktuellen Sichtweisen anzugleichen, äußerte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Das Thema sei nun benannt, so dass die Studie und die Beschlusslagen einer Prüfung zu unterziehen seien.

Man werde das Thema in die erste Stadtratssitzung nach der Sommerpause einbringen, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Auf den fehlenden Regelungen zum Eigenanteil bei den Maßnahmen Dritter erinnerte **Herr Otto** an eine Forderung aus dem Kulturausschuss.

Dass die Verhandlungen laufen, bestätigte **Frau Jahn**. Dass bis zur Stadtratssitzung ein „Letter of Intent“ vorgelegt werde, sagte **Herrn Beigeordneter Hantusch** zu.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Beschlussvorlage wurde in der – entsprechend der Ausreichung zur heutigen Sitzung - geänderten Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig – in der geänderten Form - bestätigt.

Herr Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, bat – trotz der Herausnahme aus der aktuellen Fördermittelbeantragung - um Prüfung von Ordnungsmaßnahmen im Bereich des Stahlhauses in Dessau-Törten.

Mit dem Hinweis auf die Geschäftsordnung bat **Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD**, nach erfolgter Beschlussfassung nicht mehr zum Tagesordnungspunkt das Wort zu erheben. Bereits mehrfach wurde diese Regel in der heutigen Sitzung missachtet.

**6.7. Abwägung der im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zum B-Plan Nr. 163 "Kleingartenanlage Kirchbreite" eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange
Vorlage: DR/BV/046/2010/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.8. Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 196 "An der Kreisstraße"
Vorlage: DR/BV/168/2010/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.9. Abwägung zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 200
"An der Birkenallee
Vorlage: DR/BV/170/2010/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.10. Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden,
Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zum Entwurf des
Bebauungsplanes Nr. 174 "Kreuzbergstraße" der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/133/2010/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.11. Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden,
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des
Bebauungsplanes Nr. 214 "Kristallpalast" der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/164/2010/VI-61**

Mit Verweis auf die Vorlage zum Aufstellungsbeschluss für den B-Plan „Kristallpalast“ merkte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, an, dass in den Planungszielen die Festschreibung der Nutzung für ein Kongress- und Kulturzentrum in die nun vorliegende Vorlage nicht übernommen wurde. Zur Übernahme des Planungsziels stellte er einen **Änderungsantrag**.

Nach der Erläuterung von **Herrn Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass es sich hierbei um keinen vorhabenbezogenen Bauleitplan handele, machte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, den Vorschlag diese Einfügung auf der Seite 3 der Begründung zur Vorlage vorzunehmen.

Die Abstimmung des Änderungsantrages erfolgte mit folgendem Ergebnis:

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Dem Änderungsantrag wurde einstimmig zugestimmt.

Im Anschluss wurde die Beschlussvorlage in der geänderten Form zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig in der geänderten Form bestätigt.

**6.12. Befreiung von der Festsetzung der maximal zulässigen Gebäudehöhe für den Standort des geplanten neuen Multifunktionsgebäudes der Firma IDT Biologika GmbH
Vorlage: DR/BV/173/2010/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.13. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 121 F1 "An der Kühnauer Straße" für die Errichtung eines Freiflächenphotovoltaik-kraftwerks
Vorlage: DR/BV/176/2010/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde bestätigt.

**6.14. Beschluss über die Absicht der Befreiung von der Festsetzung 1.1.1 des Bebauungsplanes Nr. 101 D/D1 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1" für das Grundstück Schlagbreite 43a
Vorlage: DR/BV/179/2010/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.15. Beschluss über die Aufstellung einer Stellplatzsatzung als örtliche Bauvorschrift für die Stadt Dessau-Roßlau / Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: DR/BV/158/2010/VI-63**

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde einfü-
hend darauf hingewiesen, dass der Aufstellungsbeschluss an dieser Stelle notwendig werde, um
den Zeitplan zur Neufassung der Stellplatzsatzung terminlich bis zum 31.12.2010 vollziehen zu
können.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu möglichen Optionen zur Befreiung von den Festlegungen innerhalb
der Satzung, erläuterte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, den § 2 – Notwendige
Stellplätze, Absatz (3) auf der Seite 4 des Satzungstextes der entsprechende Möglichkeiten
eröffne, wenn die besonderen örtlichen Verhältnisse, die Sicherheit und Leichtigkeit des Ver-
kehrs oder die besondere Art der Nutzung der baulichen Anlage dies erfordern oder gestatten.

Er ergänzte seine Ausführungen durch weitergehende Informationen (*Anm. d. Prot.: Der Vortrag liegt dem Protokoll als Anlage 2 bei.*)

Als Fazit zog Herr Meister, dass der vorliegende Satzungsentwurf die notwendige rechtliche Sicherheit gebe und den bedarfsweisen Spielraum für Ausnahmen zulasse.

Herr Dreibrodt, Fraktion der SPD, der sich für die überzeugende Argumentation bedankte, bezeichnete die Stellplatzsatzung als wichtiges Instrument auch bei der Betrachtung des aktuellen Bauvorhabens Kristallpalast. Eine mögliche Erstellungspflicht für Stellplätze durch die Stadt sei nicht akzeptabel.

Durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, wurde angemerkt, dass man hier den Beschluss zur Aufstellung der Stellplatzsatzung zu fassen habe. Das weitere Verfahren könne Änderungen zur Folge haben bzw. ergeben, dass man die Satzung nicht auslaufen lassen könne.

Die Satzungsfestlegungen müssen, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, Möglichkeiten beinhalten, dass als Reaktion auf städtebauliche und wirtschaftliche Gegebenheiten im Einzelfall notwendige Reduzierungen oder Verzichtregelungen vorgenommen werden können.

Die Optionen Abweichungen bzw. Befreiungen regelt die Landesbauordnung im § 66, Abs. 1, erläuterte **Frau Franzke, Bauordnungsamt**, und zitierte folgendermaßen aus dem Gesetzestext: „Die Bauaufsichtsbehörde kann Abweichungen von Anforderungen dieses Gesetzes und aufgrund dieses Gesetzes erlassener Vorschriften zulassen, wenn sie unter Berücksichtigung des Zwecks der jeweiligen Anforderung und unter Würdigung der öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange mit den öffentlichen Belangen, insbesondere den Anforderungen des § 3 Abs. 1 vereinbar sind. § 3 Abs. 3 Satz 3 bleibt unberührt.“

Zur Überarbeitung der Satzung in diesem Sinne sollte man eine Verweisung der Vorlage zurück in die Verwaltung vornehmen, so **Herr Otto**.

Die Einarbeitung der vorgenannten Regelungen in den Satzungstext unter § 2, Abs. (3) vorschlagend, votierte **Herr Meister** für die Überarbeitung des Satzungsentwurfs bis zur Ausreichung zur Behandlung in der Stadtratssitzung am 23.06.2010.

In der Prüfung der jeweiligen Bauvorhaben werde eine fachliche Bewertung der Vorhaben und der betroffenen Umgebung u. a. entsprechend des § 15 Abs. 1 der Baunutzungsverordnung – Allgemeine Voraussetzungen für die Zulässigkeit baulicher und sonstiger Anlagen (Einfügebefreiung) – und des § 16 BauO LSA – Verkehrssicherheit - vorgenommen, so Herr Meister. Die Möglichkeiten, Reduzierungen oder Erhöhungen in der Stellplatzanzahl vorzunehmen, seien damit entsprechend § 66 BauO LSA i.V.m. der Stellplatzsatzung gegeben. In der Beurteilung des aktuellen Bauvorhabens Kristallpalast seien die Untersuchungen des B-Plans zur Unterbringung von Stellplätzen zu beachten.

Herr Beigeordneter Hantusch stellte klar, dass mit der vorliegenden Satzung Regelungen zur erforderlichen Stellplatzanzahl getroffen werden. Er erläuterte dies an einem imaginären Beispiel. Die Entscheidung des Verzichts auf entsprechende Ablösegebühren kann im Zusammenhang mit der Stellplatzablösesatzung im politischen Raum getroffen werden. Inwiefern eine solche Entscheidung dann durch die Kommunalaufsicht ggf. rechtlich bestätigt werden kann, ist für den jeweiligen Einzelfall damit noch nicht entschieden.

Herr Otto bat um Beilage der entsprechenden Gesetzestexte als Anlage an das Protokoll der heutigen Sitzung (*Anm. d. Prot.: Die Gesetzestexte liegen dem Protokoll als Anlage 3 bei.*)

Abschließend bat **Herr Schönemann** Möglichkeiten zu untersuchen, die Prüfung des Widerspruchs des Oberbürgermeisters zur Vorlage Kristallpalast (DR/BV/063/2010/Linke), die derzeit im Landesverwaltungsamt erfolge, in ihrem Zeitaufwand zu reduzieren.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Die Vorlage wurde in geänderter Form – mit der folgenden Ergänzung des §2, Abs. (3) der Satzung durch die Formulierung „Abweichungen sind gemäß § 66 Abs. 1 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt zulässig“ - zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde in der geänderten Form, einstimmig bestätigt.

**6.16. Maßnahmebeschluss "Ordnungsmaßnahme Taubenstraße"
Vorlage: DR/BV/161/2010/VI-65**

Durch **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, wurde eingangs darum gebeten, den Beschlussvorschlag 1 umzuformulieren.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, schlug vor, den ersten Satz folgendermaßen zu ändern:

„1. Der ~~Abbruch~~ des 3. Bauabschnitts der Ordnungsmaßnahme Taubenstraße wird im Rahmen des Stadtumbaus Programmjahr 2008 im Haushaltsjahr 2010 mit einem Volumen in Höhe von 190.900 EUR umgesetzt.“.

Dies fand die Zustimmung des Gremiums.

Mit dem Hinweis auf das Projekt der Hochschule Anhalt (FH) zur Begrünung von Stadtumbauflächen, fragte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, ob in den dargestellten Kosten auch Maßnahmen für eine sparsame Begrünung der Flächen vorgesehen seien.

Je nachdem wie die Ergebnisse der Ausschreibung ausfallen, werde man prüfen, so **Herr Bekierz**, inwieweit für die Begrünung der Flächen Mittel zur Verfügung stehen. Man habe hier ein Maßnahmenpaket entsprechend den vorhandenen Mitteln geschnürt, hoffe aber, die Gesamtmaßnahme einschließlich Begrünung abschließen zu können.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde in der geänderten Form einstimmig bestätigt.

**6.17. Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen - Fröbelstraße -
Vorlage: DR/BV/171/2010/VI-66**

Einführend erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, dass die Fröbelstraße aufgrund der mangelnden Notwendigkeit als Verkehrsfläche und der Nachnutzungsabsicht des Nachbareigentümers für diese Flächen eine Entwidmung vorgeschlagen werde.

Aus seinen Feststellungen vor Ort, berichtete **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, von einem starken Bedarf an Stellplätzen in diesem Bereich, der derzeit an der Fröbelstraße abgedeckt werde. Die Vorlage enthalte keine Informationen zur Nachnutzung der Flächen, so dass

man nicht erkennen könne, wo zukünftig die Stellplätze für die anliegenden Nutzungen untergebracht werden.

Die Herrichtung der jetzigen Verkehrsfläche für Stellplätze sei Inhalt des Konzepts des Eigentümers des Amalienhofs, so **Herr Pfefferkorn**. Man werde zur Behandlung der Vorlage in der Stadtratssitzung diese Unterlagen beilegen.

Vor der Abstimmung erklärte **Herr Otto**, dass er seine Zustimmung nur unter dieser Voraussetzung erteile.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.18. Parkplatz Friederikenplatz Maßnahmenbeschluss Vorlage: DR/BV/098/2010/VI-66

Mit dem Umgang mit dem Regenwasser, dem unklaren Begrünnungskonzept, der Anzahl der Baumfällungen, und der Beleuchtung warf **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, eingangs Fragen ein.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ergänzte den Rückfragebedarf mit der Bitte um Erläuterung der zweiten Parkebene sowie der Wegnahme des Parkplatzes Mühleninsel.

Im Stellplatzkonzept sei bereits festgelegt, erklärte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass die Flächen auf der Mühleninsel künftig nicht mehr für Stellplätze zur Verfügung stehen werden. Diese Maßnahme werde man jedoch frühestens nach der Realisierung des Ersatzneubaus der Muldebrücke nach dem Jahr 2014 durchführen.

Die Entwässerung der Stellflächen organisiere man zum einen durch Versickerung sowie zum anderen durch die Verbringung des Regenwassers in das öffentliche Netz.

Zur Beleuchtung informierte sie über die Installation von 18 Leuchtkörpern.

Zur Nutzbarmachung der Flächen führe man eine Geländemodellierung aus, die die Nutzung der Stellflächen in zwei Ebenen zum Ziel habe.

Zur Gesamtmaßnahme erklärte Frau Jung, dass mit der Errichtung des Parkplatzes in seiner beschriebenen Mehrfachnutzung die Forderungen aus dem Stellplatzbedarf für den Rathausweiterungsbaus erfüllt werden.

Weitergehende Erläuterungen zum Begrünnungskonzept werde man nachreichen.

Eine Nachreichung sei nicht akzeptabel, so **Herr Prof. Dr. Schmidt**, da heute der Beschluss zur Abstimmung stehe. Darüber hinaus fehle in der Vorlage die Darstellung der Kosten für die Regenwasserverbringung als Folgekosten.

Aufgrund des aufgeworfenen Fragenpakets schlug **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, vor, die Vorlage zur Ergänzung durch die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Nach der durch **Herrn Trocha, Fraktion der CDU**, angefragten Beteiligung des Landesamtes für Hochwasserschutz (LHW), die durch **Frau Jung** bestätigt wurde, beantragte **Herr Otto** zur neuerlichen Behandlung der Vorlage eine Bilanzierung der vorgenommenen Ausgleichmaßnahmen sowie eine Information zum aktuellen Stand des Ökokontos.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Beschlussvorlage wurde **zurück gestellt**.

6.19. Baumschutzsatzung
Vorlage: DR/BV/155/2010/VI-83

Durch **Frau Dr. Kegler, Amt für Umwelt- und Naturschutz**, wurde einfürend auf den Beschluss der Baumschutzsatzung aus dem Jahr 2008 verwiesen, der die Hausgärten ausklammerte. Nach der Vorstellung der Auswirkungen dieser Regelung im Ausschuss habe man sich erneut mit der Satzung beschäftigt und einen überarbeiteten Entwurf mit den Ortschaftsräten besprochen. Deren Anregungen fanden Eingang in den nun vorliegenden Satzungstext.

Nachdem **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, äußerte, dass sich seine Argumentation gegen die Einbeziehung der Hausgärten auf die geforderten Ersatzpflanzungen gründe, verwies **Frau Dr. Kegler** auf den § 8 Ersatzpflanzungen sowie auf praktische Regelungen zu den möglichen Ausnahmen von dieser Forderung.

Mit der Feststellung, dass die Satzungsregelungen genau die richtige Richtung weisen, begrüßte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, die vorgenommenen Änderungen.

Durch **Herrn Dreibrodt, Fraktion der SPD**, wurden die Äußerungen von Frau Dr. Kegler dahingehend korrigiert, dass die meisten Ortschaftsräte den ersten Entwurf abgelehnt hatten und der nun vorliegende Entwurf nur durch deren Votum zustande kam. Dies bestätigte die Wichtigkeit der Ortschaftsräte.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

6 : 1 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

**6.20. Straßenbaumaßnahme Siedlerweg, Mühlenbuschweg, Herrmann-
Wäschke-Weg und Am Stadtwald
Teileinrichtung Straßenbeleuchtung**
Vorlage: DR/BV/191/2010/II-EB

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Mit Verweis auf die Fristen im Vergabeverfahren der Vorhaben Kühnauer Straße und Zeitvertragsarbeiten zu Unterhaltsleistungen von Ingenieurbauwerken bat **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, um das Votum des Gremiums hinsichtlich der Festlegung eines Termins für eine Sondersitzung des Ausschusses zur Vergabe der Leistungen bzw. die Zustimmung zur Vergabe der Bauleistungen auf der Grundlage des Eilbeschlussrechtes des Oberbürgermeisters.

Das Gremium einigte sich zur Durchführung einer Sondersitzung am **15.07.2010; 16:30 Uhr**. Zur Vergabe der Zeitvertragsarbeiten stimmte man der Beschlussfassung durch den Oberbürgermeister entsprechend seinem Eilbeschlussrecht zu.

Nachdem mittlerweile der Bauantrag für einen Nahversorger in der Kornhausstraße, Ecke Essener Straße vorliege, könne man das Bauvorhaben an dieser Stelle vorstellen, erklärte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**. Anhand der eingereichten Plandarstellungen erläuterte er das Vorhaben.

Die durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, angefragte Nutzung des Obergeschosses, müsse nach Aussagen von **Herrn Meister** nachgereicht werden.

7.2. Sonstige Öffentliche Anfragen und Informationen

Nachdem auf seine Anfrage der letzten Sitzung zur Sinnhaftigkeit der Lampenverlegung in der Kühnauer Straße mittlerweile seitens der Verwaltung geantwortet wurde, bezeichnete **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die dargestellten Argumente als nicht akzeptabel. Hier bete man die Maßnahmen gesund und ziehe keine Konsequenzen aus den Fehlern.

Zur Erläuterung der Notwendigkeit der Maßnahmen bot **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, ein weiterführendes Gespräch an. **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, ergänzte, dass man vor Ort die Situation gemeinsam mit den Fachleuten prüfen werde.

Zu den durch **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, bereits gestellten Anträge zur Vorstellung der Maßnahmen in der Albrechtstraße und zum Sachstand in der Bearbeitung des Programms „Soziale Stadt“ erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass die Anfrage zur „Sozialen Stadt“ bereits beantwortet sei. Die Maßnahmen in der Albrechtstraße werden durch das Tiefbauamt in der Sondersitzung am 15.07.2010 vorgestellt.

Zu einer weiteren Anfrage des **Herrn Prof. Dr. Schmidt**, den Inhalt der IBA-Flyer betreffend, informierte **Herr Beigeordneter Hantusch**, zu einem am heutigen Tag eingegangenen Antwortschreiben des IBA-Geschäftsführers Herrn Schulz. Dem Schreiben könne man die Entschuldigung für die Abstimmungsprobleme entnehmen.

Nachdem **Herr Prof. Dr. Schmidt** diese Äußerung als scheinheilig bezeichnete, da seitens des IBA-Büro keine Abstimmung mit den Städten vorgesehen war, sprach sich auch **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, für eine Änderung der Informationsbroschüre ein.

Darüber hinaus solle der Bauausschuss sich in einer der nächsten Sitzungen Gedanken darüber machen, wie die Zeit nach der IBA inhaltlich zu gestalten sei.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann** den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:55 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 21:15 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 02.08.10

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

1. Anwesenheitsliste
2. Präsentation zur Stellplatzsatzung (TOP 6.15)
3. Auszüge Gesetzestexte (TOP 6.15)